# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1534. Girokasse: Riesa Nr. 52.

**№ 93.** **Freitag, 22. April 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Der Pariser Räumungs-Disput.

**Das deutsche Volk erfährt durch das Koblenzer Oberpräsidium, daß nunmehr zwischen den französischen Militärs im Rheinland und den deutschen Zivilbehörden eine Einigung über die genaue Festsetzung der Grenzen der zweiten Zone erzielt worden ist. Diese Einigung ändert nicht viel an der bisherigen Gestaltung der zweiten Zone, wenn auch vielleicht die grundsätzliche Freihaltung Neuenahrs von französischer Besatzung als Novum begrüßt werden kann. In Deutschland wird diese Regelung der Zonengrenzfrage nur mit dem niederdrückenden Gefühl zur Kenntnis genommen, daß auch jetzt, nunmehr neun Jahre nach Liquidierung des großen Völkerkrieges, das deutsche Volk immer noch sichtbar daran gemahnt wird, daß sich an dem Begriff des Besiegtseins noch nicht das Geringste geändert hat. Immer noch stehen fremde Besatzungstruppen am Rheinstrom. Immer noch haben die deutschen Gesetze im deutschen Saargebiet keine Geltung. Immer noch steht die endgültige Befreiung großer Teile des deutschen Volkes von einer niederdrückenden Fremdherrschaft in weiter, nebelhafter Ferne. Wenn man sich ganz ehrlich die Lage vor Augen halten will, so hat man im Gegenteil zu erkennen, daß die Möglichkeiten für eine Verständigung in der Räumungsfrage heute entfernter sind denn je. Diese Erkenntnis dem deutschen Volke gebracht zu haben, ist ein „Verdienst" der Pariser Presse. Stresemanns an und für sich harmloser und gut gemeinter Osterartikel hat in der französischen Oeffentlichkeit eine Auslegung gefunden, die treffender als andere Tatsachen es vermögen, kennzeichnet, wie wenig wir in Deutschland auf ein Entgegenkommen unserer früheren Feinde in dieser wichtigsten aller deutschen Fragen zu rechnen haben. Der Temps findet die deutsche „Zumutung" absurd. Will sich nach vielem Wenn und Aber vielleicht und unter Umständen mit dieser „Zumutung" ernstlich befassen, aber nur dann, wenn es feststehen sollte; daß Deutschland sich zu Gegenleistungen versteht, die Frankreich ein solch „ungeheures Opfer" schmackhafter machen könnte. Die erste Phase dieses Pariser Gegensturms ist nun verrauscht. Wer aber geglaubt hat, daß nunmehr sich die Pariser Presse in der Wahl ihrer Argumente gegen die deutsche Forderung erschöpft hat, sieht sich enttäuscht. Es genügt, den letzten Artikel des „Echo de Paris" durchzulesen, sich in den Geist der „Enthüllungen" zu versetzen, die dieses Blatt zum Besten gibt, um zu verstehen, daß die Quelle der französischen „Gegenbeweise" zum Versiegen einfach nicht kommen kann. Wenn es diesen Vorkämpfern für Frankreichs Sache an konkreten Tatsachen gebricht, wenn ihnen die Puste der Logik ausgegangen ist, dann greifen sie dreist in das räumlich unbegrenzte Gebiet der Phantasie und der Lüge. Hier winken den Pariser Federhelden Früchte, die ihnen des Pflückens wert sind, zumal diese Ernte unerschöpflich ist.**

**Betrachten wir uns einmal näher einige dieser köstlichen Früchte, die uns das Echo de Paris auftischt. Zunächst die Feststellung, daß Frankreich an eine Räumung nicht denken kann, da es zu einem weiteren Mißtrauen verpflichtet ist, eben weil „die moralische Grundlage Deutschlands" dieselbe ist, wie die vor dem Kriege. Der Beweis für diese These wird von dem Pariser Blatt prompt geliefert: „Nämlich", man höre und staune, „das Reichswehrministerium führt schon seit einigen Wochen Werkzeugmaschinen nach Deutschland zurück, die bisher zur Munitionserzeugung im Auslande Verwendung fanden". Und dann die erstaunliche Mär: „Die vaterländischen Verbände veranstalten große Probe-Mobilmachungen, Uebungsmärsche in der Nacht und am Tage und General Heye unternimmt zahlreiche Besichtigungsreisen. In der Tat, eine Deutschland überraschende Neuentdeckung des Pariser Blattes, die jedoch in ihrem Sensationsgehalt noch übertroffen werden kann. Das Blatt weiß es nämlich ganz genau: „In der Pfalz, also sozusagen unter den Augen der französischen Besatzungsarmee, werden lebhafte Kriegsvorbereitungen getroffen". Die Korrespondenten dieser Pariser Zeitung haben sich durch den „Augenschein" überzeugt, daß in der Pfalz die Schupo, die städtische Polizei und die Forstbeamten, die Feuerwehr, also alles höchst kriegerische Körperschaften, in den letzten Wochen bis auf die Zähne bewaffnet wurden, schlagfertig instandgesetzt, um jeden Augenblick mit der ganzen Wucht ihrer fürchterlichen militärischen Drohung auf ein völlig unvorbereitetes und nahezu wehrloses Frankreich losbrechen zu können. Das Echo de Paris schildert diese Gefahr recht plastisch. Denn es sagt seinen Lesern mit unerschrockener Offenheit, daß es in der Pfalz allein (man erzittere!) 843 deutsche Turnvereine mit insgesamt ungefähr 50 000 Mitgliedern gibt, daß die deutschen Behörden sich anmaßen, Eisenbahn- und Wegebauten vorzunehmen, das Schienen- und Wegenetz auszubessern, also Arbeiten vorzunehmen, die nach französischer Ansicht selbstverständlich nur Vorboten einer Kriegserklärung sein können. Wenn das Echo de Paris diese fürchterlichen Erscheinungen im Innern Deutschlands mit beachtlicher Sorgsamkeit alle aufgezählt hat, dann zieht es mit einem geradezu triumphierenden Empfinden die Schlußfolgerung aus diesen „Feststellungen": nämlich die, daß aus allen diesen Gründen eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes einfach unmöglich ist. Hat es wirklich einen großen Zweck, sich mit diesen Pariser Phantastereien herumzuschlagen? Wohl kaum. Aber immerhin, es ist dienlich, sie zu beachten. Denn sie lassen uns nicht im Zweifel darüber, was wir in Wirklichkeit in der Frage der Rheinlandräumung von Frankreich zu erwarten haben.**

## Demokratischer Reichsparteitag in Hamburg.

vdz. Im Curio-Haus in Hamburg trat am Donnerstag **die Deutsche Demokratische Partei** zu ihrem **7. Reichsparteitag** zusammen. Neben mehr als 500 Delegierten aus dem ganzen Reiche waren zahlreiche Gäste auch aus dem Auslande erschienen.

**Der Parteivorsitzende Abg. Koch-Weser** begrüßte in seiner Eröffnungsansprache besonders herzlich die Gäste aus Danzig und dem Saargebiet und die als Vertreter der Internationalen Union erschienenen Mitglieder der Demokratischen und der Radikalen Partei Frankreichs. An die bürgerlich-demokratische Partei Oesterreichs wurde vom Parteitag ein Begrüßungstelegramm mit guten Wünschen für den österreichischen Wahlkampf gesandt.

### Abg. Koch-Weser

leitete dann die sachlichen Verhandlungen des Parteitages ein mit einem

### Vortrag über den großdeutschen Einheitsstaat.

Er führte aus: In der tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes sei weder die Einheit noch die Gliederung des Reiches in befriedigender Weise ausgebildet worden. Der sogen. Föderalismus sei nur ein dynastischer Partikularismus gewesen, der sich gegen Kaiser und Reich richtete. Angesichts der Schwierigkeiten, die von den süddeutschen Staaten gemacht wurden, habe auch Bismarck nur ein Reich schaffen können, das unter der Form des Föderalismus und Konstitutionalismus einen hegemoniellen Unitarismus brachte, der alle Macht auf den Kaiser häufte. **Nach dem Zusammenbruch des alten Reiches habe das deutsche Volk treuer und einheitlicher zusammengehalten als es je die Fürsten in der Not getan hätten.** Nicht durch Vertrag zwischen Fürsten und Ländern, sondern **allein aus dem Gesamtwillen des souveränen Volkes sei das neue Reich entstanden.**

**Abg. Koch verneinte entschieden den Grundsatz der Souveränität der Länder,** den in Gegensatz zum Inhalt der Verfassung und zu ihrer Auslegung durch Anschütz und andere Vertreter der Wissenschaft der neue Reichsinnenminister bejaht habe. **Der unberechtigte Souveränitätsstandpunkt Bayerns sei die Quelle der vielen Schwierigkeiten und Reibungen zwischen Bayern und dem Reich gewesen.**

In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner gegen die in der bekannten bayerischen Denkschrift vertretenen Grundsätze und Vorschläge. **Eine gesunde Verwaltungsreform in Deutschland könne nur auf der Grundlage des deutschen Einheitsstaates erreicht werden.** Die Aufrechterhaltung von Gesandtschaften zwischen den deutschen Ländern müsse als Rudiment aus alter Zeit beseitigt werden, auch die Aufrechterhaltung von 18 Landesparlamenten und Landesministerien sei überholt. Auf Zeit gewählte Ministerien und kleine Vertretungskörper ohne reichspolitische Ambitionen nach Art der Schweizer Verfassung und der deutschen Städteverfassungen würden im allgemeinen den Bedürfnissen der deutschen Länder besser entsprechen.

Auf verschiedenen Gebieten, z. B. im Wohnungs- und Wohlfahrtswesen, sei eine weitgehende Dezentralisation der Einzelaufgaben notwendig. **Alles, was irgendwie zur Dezentralisation geeignet ist, müsse an die Länder abgegeben werden, um Herz und Kopf der Zentrale für die Lebensaufgaben der Nation frei zu halten.** Notwendig sei auch ein eigener Verwaltungsunterbau für das Reich. **An der Finanzhoheit des Reiches dürfe nicht gerüttelt werden.** Das gegenwärtige Verhältnis des großen Preußen neben vielen Kleinstaaten sei unbefriedigend, aber solange das Reich noch nicht zum Einheitsstaat geworden ist, könne Preußen in Deutschland nicht entbehrt werden. **Zur Vollendung des deutschen Einheitsstaates gehöre schließlich die Aufnahme Oesterreichs in das Reich.**

Wenn der deutsche Parlamentarismus, so schloß Dr. Koch, durch die Konzentrierung der Parlamentstätigkeit auf das Reich verbessert, wenn entsprechend der neuzeitlichen Entwicklung die Zuständigkeit zwischen Reich und Länder abgegrenzt sind, wenn dem Reiche eine Dezentralisation der Ausführung seiner Gesetze durch eine Kontrolle der Landesbehörden ermöglicht ist, und wenn endlich den größten Gebiets- und Grenzungeheuerlichkeiten durch eine wirksame Initiative des Reiches abgeholfen ist, ist die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat gefördert, aber nicht vollendet. Ist dieser erste Schritt getan, wird man sich über die zweite Etappe schlüssig machen können.

Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen über den Einheitsstaat beendet hatte, sprach der **Nürnberger Oberbürgermeister Luppe** über das gleiche Thema. Er führte aus, daß namentlich die Finanznöte den Gedanken des Einheitsstaates wieder besonders lebendig werden ließen. Auch im Einheitsstaat müßten die kulturellen Eigenarten sich auswirken können. Zuviel Zentralisation dürfe nicht getrieben werden. Selbstverständlich dürfe Preußen nicht zertrümmert werden, aber auch umgekehrt dürften nicht die anderen Länder sämtlich in Preußen aufgehen. Heute hätten bereits eine ganze Anzahl der kleinen Staaten erkannt, daß sie nicht mehr lebensfähig wären, vor allem müßten ihre Parlamente und Ministerien verschwinden (Lebh. Beifall).

In der Aussprache nahm zuerst **der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff** das Wort, der sich als einen entschiedenen Anhänger des Einheitsstaates bekannte.

Weiter sprachen noch **Ministerialdirektor Pötzsch-Sachsen** und **Oberbürgermeister Böß-Berlin,** worauf die Aussprache auf Freitag vertagt wurde.

## Evangelischer Reichselterntag in Hildesheim.

)( **Hildesheim,** 21. April. Der evangelische Reichselterntag in Hildesheim, der heute seinen Abschluß fand, nahm eine **Reihe von Entschließungen** an, in denen unter anderem gefordert wird, daß endlich dem **Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde ein unveräußerliches, verfassungsmäßiges Recht gegeben** wird, und die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Reichsregierung nunmehr ohne Verzug das angekündigte **Reichsschulgesetz** vorlege. Ferner verlangt die evangelische Elternschaft für ihre Kinder die **evangelische Bekenntnisschule.** Die Umwandlung der Gemeinschaftsschule ist eine Schule mit christlicher Marke wird abgelehnt. Der Reichselterntag fordert alle Parteien, die sich für die christliche Kultur verantwortlich fühlen, auf, sich für die Reichsschulgesetzgebung einzusetzen. Wenn wiederum die Reichsschulgesetzgebung verschleppt würde, wäre der Lösung der Schulfrage durch Konkordatsvertrag die Bahn freigemacht. Weiter wird eine **gesetzliche Vertretung der Elternschaft in den Schulverwaltungskörper** und in den auf Grund der kommenden Städteordnung neu zu schaffenden Organen verlangt.

In einer letzten Entschließung wurde der **Ausbau des Fortbildungs- und Berufsschulwesens und des Religionsunterrichts für diese Schulen** zunächst als Uebergang in der Form der Lebenskunde gefordert.

## Kommunale Woche Essen.

**Zweiter Tag.**

)( **Essen,** 21. April. Am heutigen zweiten Tag der Kommunalen Woche sprach **Dr. Mulert,** Präsident des Deutschen Städtetags, Berlin, über das Thema

### „Der Finanzausgleich".

Redner bezeichnete den Finanzausgleich nicht nur als eine Frage der Einnahmen und ihrer Verteilung, sondern auch als eine Frage der Ausgaben und deren Verteilung. Unbedingt gelöst werden müsse die Frage: **„Wie kann der öffentliche Haushalt in Einklang gebracht werden mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft?"** Einerseits müsse eine Bilanzierung der Ausgaben erreicht werden. Auf der anderen Seite müsse eine Ueberspannung der Wirtschaft vermieden werden. Die Frage der Verteilung der Einnahmen und der Deckung dürfe nicht so geregelt werden, daß einfach zuerst die Aufgaben des Reichs, dann die der Länder und zuletzt die der Gemeinden berücksichtigt würden, sondern man müsse die großen Aufgaben im einzelnen prüfen unter dem Gesichtspunkt: **„Was gehört zur Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes?"** Der Ausgangspunkt für den Finanzausgleich liege in der Reichsverfassung und habe sich ausgewirkt im Regierungssteuergesetz.

Der Redner ging dann auf die **neuen Steuerarten** ein. Er behandelte die Zusammenhänge zwischen Reichseinkommensteuer und Gewerbesteuer und ihre gegenseitige Beeinflussung, kam dann auf die Finanzausgleichsnovelle zu sprechen, die für die nächsten zwei Jahre die Finanzen regeln werde, streifte die **Getränkesteuer,** wobei er das Geschenk von 50—60 Millionen zur Aufhebung der Getränkesteuer als unverständlich erklärte, und schloß seine zweistündigen Ausführungen mit den Forderungen:

1. **Abgrenzung der Aufgaben, Abgrenzung der Zuständigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden, — eine Zentralisation des Ganzen in Berlin hielt der Redner für ein Ding der Unmöglichkeit, die Kulturzentren der Länder müßten erhalten bleiben —.**
2. **Es müsse eine reinliche Scheidung der neuen Einnahmequellen angestrebt werden.**

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, worauf sich eine Diskussion anschloß.

Nachmittags fand eine Besichtigung kommunaler und industrieller Betriebe statt.

## Neuwahlen in Oesterreich.

)( **Wien.** **Am 24. April finden in ganz Oesterreich** die **Neuwahlen** zu dem auf Grund eines Nationalratsbeschlusses vor Ablauf seiner normalen vierjährigen Gesetzgebungsperiode aufgelösten **Nationalrat** und in einigen der neun Bundesländer außerdem die **Landtagswahlen** statt. Zur Durchführung der Nationalratswahlen ist Oesterreich in 25 Wahlkreise geteilt. Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 wurden 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 10 Großdeutsche und 5 Vertreter des „Landbundes für Oesterreich" gewählt. Für die bevorstehenden Nationalratswahlen sind folgende Parteilisten (größerer Parteien oder von Gruppen von Parteien) angemeldet: Einheitsliste (d. s. Christlichsoziale, Großdeutsche und kleinere bürgerliche Parteien), Sozialdemokraten, Landbund für Oesterreich (d. s. Deutschnationale Freisinnige Agrarier) und mehrere Listen kleiner Sonderparteien, darunter die Kommunisten. Im ganzen sind 165 Mitglieder zu wählen. Reststimmen, die nach der ersten Ermittlung der den einzelnen Listen zufallenden Mandate verbleiben, werden in einem späteren zweiten Ermittlungsverfahren berücksichtigt.